

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt



»Die Bezeichnung »Lady Dada« ist als Kompliment gemeint«

Natias Neutert im *jw*-Wochenendgespräch u. a. über Werk und Bedeutung von Hannah Höch, der Klassikerin der Collage

faulheit & arbeit

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 26./27. SEPTEMBER 2020, NR. 226 · 2,30 EURO (DE), 2,50 EURO (AT), 2,90 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT **WWW.JUNGEWELT.DE**

Druck machen

Streit um Arbeitskampf im öffentlichen Dienst. Bund und Kommunen klagen wegen Coronakrise

3

Versprechen gebrochen

Kleinunternehmer werden um Coronahilfen gebracht – das Gesetz macht es möglich

5

Autopilot tötet

Unfälle selbststeuernder Fahrzeuge: Tesla-Chef Musk nennt Kritik »idiotisch«, Experten warnen

9

Werke verschmelzen

Von Volkslied und Moderne: Vor 75 Jahren starb der ungarische Komponist Béla Bartók

12

Die Straße zurückerobert

Höchste Zeit für Klimaschutz: Rund um den Globus fordern Demonstranten schnelle Maßnahmen gegen die Erderwärmung.
Von Wolfgang Pomrehn

Nein, die internationale Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) ist nicht tot, wie vielleicht der eine oder andere RWE-Manager, Autolobbyist oder Politiker gehofft haben mag. Das zeigte sich einmal mehr bei deren globalem Aktionstag am Freitag. Monatelang protestierte die Massenbewegung vorwiegend im Internet, nun ist sie zurück auf der Straße.

FFF ist längst keine reine Jugendbewegung mehr, Aktionen für konsequenten Klimaschutz gab es unter anderem auch von Wissenschaftlern der »Mosaic«-Expedition in der Arktis und auf der deutschen Neumayer-Forschungsstation in der Antarktis. In über 3.200 Städten rund um den Globus fanden am Freitag Proteste statt. Die ersten im Fernen Osten, zum Beispiel in Suva auf Fidschi, Canberra in Australien, Tokio in Japan, Nanjing in China, Wladiwostok in Russland, Ho-Chi-Minh-Stadt in Vietnam, Singapur, 19 Städten auf den Philippinen, auch in Kabul und über 300 Städten in Indien. In Deutschland waren 461 Aktionen und Demonstrationen angemeldet, in einigen großen Städten mehrere, um die Abstandsregeln einhalten zu können. Die Einhaltung der Hygieneregeln war den jungen Menschen wichtig, dennoch nutzten mancherorts Polizei und



Proteste gegen Treibhausgasemissionen in mehr als 3.200 Städten: Demonstranten in Manila (25. September)

Veranstaltungsbehörden die Pandemie als Vorwand für Schikanen. In Aachen verlangten Ordnungsamt und Polizei zum Beispiel, dass Teilnehmerlisten des dortigen Klimacamps ausgehändigt werden. In Hamburg war nach wochenlangen Verhandlungen am Donnerstag kurzfristig verlangt worden, die Teilnehmerzahl zu reduzieren. Doch die beabsichtigte Einschüchterung blieb ohne Erfolg: In Köln gingen nach Veranstalterangaben 10.000 Menschen auf die Straße und in Bonn 3.000. In Aachen sprach die Polizei von 1.000 Teilnehmern. 21.000 demonstrierten in Berlin, 16.000 in Hamburg.

Derzeit zeigt sich an der Natur, dass es allerhöchste Zeit ist, die Treibhausgasemissionen drastisch zu senken, das heißt, das Verbrennen von Kohle, Benzin, Kerosin, Erdgas und Diesel zu

beenden. In Brasilien brennt mit dem Pantanal das größte Feuchtgebiet der Welt und nördlich davon der Amazonas-Regenwald – die Brände sind so verheerend wie seit vielen Jahren nicht. Der nördliche Atlantik erlebt seine seit langem heftigste Hurrikan-Saison. Die Stürme bleiben nicht mehr nur an US-Küsten, sondern treffen auch die iberische Halbinsel. Die Bewohner der US-Westküste leiden unter der schlimmsten Feuersaison seit Menschengedenken, während Teile des Sahels und der Region am Horn von Afrika nach Heuschreckenplagen nun die Folgen schwerer Überschwemmungen zu bewältigen haben. Und auch aus der Antarktis kommen schlechte Nachrichten, wie diese Woche in der Fachzeitschrift *Nature* deutsche und schwedische Wissenschaftler schreiben: Schon

bei einer globalen Erwärmung um zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau werden große Teile des westantarktischen Eises in den nächsten Jahrhunderten verlorengehen. Das allein würde den mittleren globalen Meeresspiegel um 2,5 Meter ansteigen lassen. Derzeit liegen wir bereits etwa 1,1 Grad über besagtem Level.

Kein Wunder, dass bei solchen Aussichten vor allem junge Menschen empört sind, denn erst sie und ihre Kinder werden die volle Wucht des Klimawandels zu spüren bekommen. Das weiß man inzwischen in aller Welt. Weitere Aktionen gab es daher unter anderem auch in 31 Städten Nigerias, in Uganda, Tansania, Angola und Mali und in nahezu allen Ländern auf dem amerikanischen Doppelkontinent.

■ Siehe Seite 4

Konflikt nimmt an Schärfe zu

Verdi will bundeseinheitliche Tarifregeln im ÖPNV – kommunale Unternehmer sprechen von »Anschlag«

Verdi ist weiter streikbereit. Für kommenden Dienstag kündigte die Gewerkschaft bundesweit Warnstreiks im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) an. Mit dem Druck von Arbeitsniederlegungen wollen die Gewerkschafter einen Rahmentarifvertrag für rund 87.000 Beschäftigte im ÖPNV durchsetzen, wie Verdi am Freitag mitteilte. Darin soll unter anderem die Ungleichbehandlung in den Bundesländern beendet werden. Konkret geht es dabei um zentrale Regelungen wie 30 Urlaubstage oder Sonderzahlungen. Des Weiteren sollen für Auszubildende

Anreize zum Einstieg in den Beruf geschaffen werden. »Mit unseren Forderungen haben wir Vorschläge geliefert, wie sich die drängenden Fragen von Entlastung und Nachwuchsförderung lösen lassen«, wird die stellvertretende Verdi-Bundesvorsitzende Christine Behle in der Mitteilung zitiert.

Derzeit laufen in allen 16 Bundesländern die Verhandlungen mit den Verdi-Landesbezirken über die jeweiligen Tarifverträge im ÖPNV. Zwar gehört dieser zum öffentlichen Dienst, doch mit den dort derzeit ebenfalls laufenden Tarifverhandlungen haben die Forde-

rungen der Gewerkschaft nichts zu tun. Es handelt sich beim ÖPNV um sogenannte Spartentarifverträge, und die haben sich Verdi zufolge in den vergangenen Jahren immer weiter auseinanderentwickelt. Deshalb die Forderung nach einem ergänzenden Rahmentarifvertrag.

Seit März fordert Verdi die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zur Aufnahme von Verhandlungen auf Bundesebene auf. Vergeblich, die VKA lehnt solche bislang ab. »Dass die Arbeitgeber nicht einmal zu einer Verhandlung bereit sind, ver-

höhnt die Beschäftigten und torpediert jede Bemühung, eine Verkehrswende zu erreichen«, sagte Behle. Am Freitag äußerte sich die VKA ebenfalls. Deren Hauptgeschäftsführer Niklas Benrath behauptete: »Das Verhalten von Verdi ist ein Anschlag auf die Allgemeinheit und die Wirtschaftlichkeit der kommunalen Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs.« Gewerkschafterin Behle erwiderte: »Nach 20 Jahren Sparkurs auf dem Rücken der Beschäftigten sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht.«

■ Siehe Seite 3

UNO: China empört über US-Kritik



New York. China hat in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats empört über die US-Kritik an seinem Vorgehen in der Coronakrise reagiert. »Ich muss sagen: Genug ist genug!« so Botschafter Zhang Jun (Foto) am Donnerstag (Ortszeit) in einer Videokonferenz des UN-Gremiums, an der zahlreiche Staats- und Regierungschefs teilnahmen. Er verwies darauf, dass die USA die höchsten Coronavirusinfektionszahlen und -todesopfer der Welt verzeichnen. »Wenn jemand zur Rechenschaft gezogen werden sollte, sollten dies einige US-Politiker selbst sein«, sagte Zhang. Er stellte die Frage, warum die USA als das Land mit den »höchstentwickelten medizinischen Technologien und Systemen in der Welt« die höchsten Coronazahlen hätten. US-Präsident Donald Trump hatte am Dienstag in seiner Videoansprache zur UN-Generaldebatte China erneut als angeblichen Verursacher der Pandemie attackiert. (AFP/JW)

AfD verliert auch in Kiel Fraktionsstatus

Kiel. Erneut ist eine AfD-Landtagsfraktion an internen Unstimmigkeiten zerbrochen. Der schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Frank Brodehl verlässt die Partei, womit sie im Kieler Parlament ihren Fraktionsstatus verliert, für den vier Abgeordnete die Mindestzahl sind. Brodehl kündigte den Schritt am Freitag überraschend in einer Debatte um die Angebote in Ganztagschulen an. Als Grund nannte er die Radikalisierung der Partei.

Anfang der Woche hatte bereits ein Führungsstreit in der niedersächsischen AfD zum Bruch der dortigen Landtagsfraktion geführt. Die bisherige Vorsitzende Dana Guth sowie zwei weitere Abgeordnete verließen die neunköpfige Fraktion. Schon vor einem Jahr war die AfD-Fraktion in Bremen nur drei Monate nach der Bürgererschaftswahl aufgrund eines partei-internen Streits zerbrochen. (dpa/JW)

jw wird herausgegeben von 2.356 Genossinnen und Genossen (Stand 3.9.2020)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 902307